

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 3 vom 22. März 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Patrick Graber, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Markus van Wijk, Martin von Allmen, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Eveline Salzmann, Claude Schlapbach, Lukas Lanzrein, Jonas Baumann-Fuchs
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden mit dem Zitat „Ein grosser Brückenschlag gelingt selten ohne Stützpfiler“. Er gratuliert Gemeinderat Roman Gimmel herzlich zum heutigen Geburtstag. Besonders begrüsst der Stadtratspräsident den Rückkehrer Martin von Allmen, der Sandra Rupp im Stadtrat ersetzt, und wünscht ihm viel Erfolg für sein Amt.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste.

17. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 15. Februar 2018

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

18. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Bildung Sport Kultur anstelle von Sandra Rupp (SP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SP-Fraktion, beschliesst:

Martin von Allmen (SP) wird per sofort als Mitglied anstelle von Sandra Rupp (SP) in die Sachkommission Bildung Sport Kultur gewählt.

19. Postulat P 15/2017 betreffend konkrete Szenarien zur Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrades

Nicole Krenger (glp), Andreas Kübli (glp), Verena Schneiter (EDU), Manfred Locher (EDU), Alois Studerus (CVP) vom 15. Dezember 2017; Beantwortung

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, begrüsst, dass die Zielwerte definiert sowie kommuniziert werden und hofft, dass die Zahlen von 80-100% realistisch sind. Bei 80% darf jedoch die übrig bleibende Verschuldung von 20% nicht vergessen werden. Die Fraktion bedauert, dass der Fokus der Beantwortung auf der Investitionsrechnung liegt und dass künftig keine spezifische Mitberücksichtigung der laufenden Ausgaben geplant ist. Die Fraktion der Mitte ist gespannt, ob der Stadtrat etwas vom Einsatz des neuen Tools merken wird.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, betont, dass die Berechnung des Selbstfinanzierungsgrades nach HRM 2 komplex ist. Auf Kantonsseite hatte die Stadt bis 2014 einen sehr gesunden Selbstfinanzierungsgrad, wohingegen der Selbstfinanzierungsanteil seit 2012 ungenügend ist. Die Frage lautet nun, ob der Investitionsgrad aufgearbeitet werden soll, was eine Fremdfinanzierung zur Folge hat, oder ob auf Investitionen verzichtet werden soll. Die Fraktion ist gespannt auf die Szenarien, die das neue Tool aufzeigt.

Serge Lanz, **SVP/FDP-Fraktion**, war erfreut über den Vorstoss, sieht jedoch eine Diskussion im Rat in der verlangten Form als schwer umsetzbar. Er ist der Meinung, dass die Stadt grossen Wert auf die Ausgabedisziplin in der Verwaltung legt. Allen ist klar, dass mittels Fokus auf die Investitionsrechnung ein direkter Einfluss auf den Selbstfinanzierungsgrad besteht. Man kann das eine tun und das andere nicht lassen, der Gemeinderat ist sich der Situation so wohl generell als auch spezifisch bewusst. Herr Lanz erinnert den Stadtrat an seine Verantwortung, Ausgaben und deren Folgekosten auf Dringlichkeit und Notwendigkeit kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen, ob die Stadt Thun diese Kosten tragen kann. Es freut ihn sehr, dass der Gemeinderat die Planungsgenauigkeit der Investitionen mittels eines simulationsfähigen Tools verbessern will. Dieses dient der Steuerung der Investitionsrechnung und wirkt sich auch auf das Resultat des Selbstfinanzierungsgrades aus. Gemeinderat und Verwaltung zeigen ein grosses Bewusstsein, handeln eigenverantwortlich und nehmen ihre strategischen Aufgaben wahr. Herr Lanz

ruft die anderen Ratsmitglieder dazu auf, die Investitionsvorhaben in den SAKOs zu diskutieren, die Simulationen zu nutzen und dort Einfluss zu nehmen. Dies ist viel effizienter als Diskussionen im Stadtrat. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, befürchtet, dass die zunehmenden Investitionen in den nächsten Jahren zu einem Ungleichgewicht in den Stadtfinanzen führen und sich eine höhere Verschuldung ergibt. Es besteht Nachholbedarf aufgrund verpasster Investitionen während der vergangenen Jahre und jetzt muss festgestellt werden, wohin das Geld fliesst. Die Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat das Postulat nicht als Sparauftrag ansieht und jede Investition minutiös auf mögliche Einsparungen durchleuchtet, sondern den Fokus auf die Investitionsrechnung und -planung legt. Mit diesem Fokus kann er direkt auf die Investitionen Einfluss nehmen, ist aber auch bei deren Beschluss in der Verantwortung. Dass Gemeinderat und Stadtverwaltung haushälterisch mit den Steuergeldern umgegangen sind, wird von der SP-Fraktion mitnichten in Frage gestellt. Das Kostenbewusstsein war stets hoch, auch wenn der eine oder andere Kreisel aus ihrer Sicht etwas teuer war. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, teilt grundsätzlich die Ansicht der Fraktion der Mitte, dass die Selbstfinanzierung nicht optimal ist. Die Selbstfinanzierung ist als „chronisches“ Finanzproblem der Stadt bekannt. Er würde begrüßen, wenn das Thema dem Budget- und Rechnungsprozess gemäss in den SAKOs verfolgt würde. Das Software-Tool findet Herr Hiltbold eine gute Sache, jedoch werden der Stadt damit nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen. In letzter Zeit hat der Stadtrat sehr viele neue Ausgaben beschlossen und damit den jetzigen Zustand des Selbstfinanzierungsgrads in Kauf genommen. Die Fraktion stimmt dem Postulat emotionslos zu, hätte aber auch nichts gegen eine Abschreibung. Sie erwartet, dass die Software-Varianten im nächsten Budget aufgeführt sind.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die gute Aufnahme. Er nimmt Stellung zum Votum von Stadträtin Krenger, die es bedauert, dass der Fokus nicht stärker auf die laufenden Ausgaben gelegt wurde. Der Gemeinderat sieht es als Daueraufgabe, die laufenden Investitionen zu hinterfragen. Ein aktuelles Beispiel aus seiner Direktion ist die Zusammenlegung von Steuerinkasso und Stadtbuchhaltung, wo Synergien genutzt und Einsparungen gemacht wurden. Es gilt jedoch in allen Direktionen der Dauerauftrag, sich effizienter zu organisieren. Der Fokus auf den Investitionen und den bewilligten Grossinvestitionen sind auf die bedeutende Stimme des Stadtrats zurückzuführen. Der Stadtpräsident betont, dass dieser als finanzkompetentes Organ auch die Möglichkeit hat, Investitionen abzulehnen. Der Finanzhaushalt ist gesund und die Liquidität relativ hoch. Als Nächstes kann die Rechnung diskutiert werden. Das neue Tool erlaubt eine zuverlässigere Berechnung der Szenarien, welche in der BRK durchgespielt werden können, um dem Stadtrat mögliche Folgen aufzuzeigen. In der Finanzpolitik ist man sich in der Theorie oft einig, die Praxis hingegen erfordert politische Mehrheiten. Der Stadtrat wird die künftige Finanzpolitik zusammen mit dem Gemeinderat prägen können. Letzterer möchte weiterhin die Voraussetzungen schaffen, dass die wichtigen Investitionen mit gutem Gewissen getätigt werden können.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, betont, dass es kein Misstrauensvotum an die Verwaltung war oder die Fraktion der Meinung sei, es werde zu viel ausgegeben. Sie bittet zu berücksichtigen, dass trotz des Fokus der Diskussion auf die Ausgaben- auch eine Ertragsseite existiert und mehr Einnahmen auch eine Möglichkeit für einen Ausgleich sind.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

20. Postulat P 12/2017 betreffend Prüfung der Verbesserung der Verkehrssicherheit auf dem Strättlihügel

Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP), Serge Lanz (FDP), Andrea de Meuron (Grüne), Heidi Anderes (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017; Beantwortung

Carlo Schlatter, **SVP/FDP-Fraktion**, ist sich bewusst, dass es sich bei vorliegendem Postulat nicht um ein grosses verkehrspolitisches oder strategisches Anliegen handelt. Der Vorstoss ist auf Anregung der betroffenen Anwohner entstanden. Den Vorschlag des Gemeinderats, auf dem Rosenweg eine Zubringerdienst-Signalisation zu prüfen, erachtet die Fraktion als sinnvoll und einfach realisierbar. Mehr Kopf-

zerbrechen bereitet ihr die Beurteilung der Fussgängerquerung Moosweg-Steinhaufenweg. Eine Aufhebung des Fussgängerstreifens, die auch den Schulweg betrifft, ist ihres Erachtens nur zulässig, wenn auch die im Postulat geforderte Begegnungszone in Betracht gezogen wird. Über Letztere schweigt sich der Gemeinderat aus. Die Fraktion würde eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Anliegen begrüßen, zumindest im von den Fussgängern stark frequentierten Gebiet. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und hofft auf eine breite Unterstützung im Rat.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, freut es, dass das Tiefbauamt von seiner Haltung abgekehrt und dem Vorhaben nicht abgeneigt ist, zumal Begegnungszonen in Thun noch nicht relativ unbekannt sind. Entgegen der bisherigen Meinung sind Begegnungszonen auch in Wohnquartieren eine geeignete Massnahme. Das Anliegen dient der Verkehrssicherheit, insbesondere jener der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Die Fraktion wünscht sich eine Erklärung, weshalb der Gemeinderat die Massnahmen als nicht zielführend erachtet. Auch die geplante Prüfung des nicht normenkonformen Fussgängerstreifens kann sie nicht nachvollziehen, sondern würde eine direkte Verbesserung erwarten. Bei einer Entfernung des Fussgängerstreifens ist die Gewährleistung der Verkehrssicherheit zu prüfen. Die Fraktion Grüne unterstützt das Postulat.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist froh, dass das Thema Verkehrsberuhigung auch in bürgerlichen Reihen angekommen ist. Mit der Beantwortung des Postulats ist die Fraktion zufrieden und erachtet es als Beispiel einer gut funktionierenden Demokratie. Einzig bezüglich Fussgängerstreifen hat sie Bedenken, was auch in der SAKO thematisiert wurde. Vor der Aufhebung ist eine genaue Prüfung erforderlich und die Verkehrssicherheit muss im Vordergrund stehen. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderats einverstanden. Betreffend Abkürzungsverkehr findet er es wichtig, mit der Gemeinde Spiez das Gespräch zu suchen. Die Errichtung eines Zubringerdienstes bei der Einfahrt in den Rosenweg wäre eine hilfreiche Massnahme. Herr Werren fordert mehr Geschwindigkeitskontrollen in den 30er-Zonen des gesamten Gemeindegebiets ohne Bevorzugung oder Vernachlässigung gewisser Gebiete. Die Überprüfung des Fussgängerstreifens ist richtig und dessen Aufhebung darf nur die letzte mögliche Massnahme sein. Die BDP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, unterstützt die geplante Zubringerdienst-Signalisierung, wenn dies mit der Gemeinde Spiez abgesprochen ist. Sporadische Geschwindigkeitskontrollen sind nötig, um die Einhaltung zu kontrollieren. Die Prüfung der Situation bezüglich Fussgängerstreifen findet die Fraktion als Entscheidungsgrundlage gut. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Postulat zu.

Thomas Hiltbold (Grüne) betont, dass die Grünen auch ständig Rückmeldungen und Anregungen der Bevölkerung zur Weiterleitung erhalten. Er bittet, folgendes Anliegen unter dem Titel Verkehrssicherheit aufzunehmen: Es entstehen regelmässig gefährliche Situationen, wenn Autofahrer den Gwattstutz heraufgehend rechts in den Rosenweg einbiegen und aufgrund der haarnadelähnlichen Kurve auf der linken Fahrbahn ausholen.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass wenige Differenzen bestehen. Das Anliegen von Thomas Hiltbold gibt der Gemeinderat gerne an die Einwohnergemeinde Spiez weiter, auf deren Gemeindegebiet sich die Stelle befindet. Infolge von Vorstössen fand 2014 eine Überprüfung aller Fussgängerstreifen auf Thuner Gemeindegebiet statt. Der erwähnte Fussgängerstreifen wurde damals als potentiell nichtkonform eingestuft. Das Kriterium Schulweg war 2014 kein Thema und müsste jetzt unter Umständen angeschaut werden. Zu beachten ist, dass Fussgängerstreifen primär Vortrittsregelungen und keine Sicherheitsmassnahmen sind. Auch aus diesem Grund gibt es Anforderungen an die Frequenzen: Wenn bei einem Fussgängerstreifen kaum Fussgänger queren, gewöhnen sich die Autofahrer daran und sind nicht auf Fussgänger gefasst. Das Thema Schulweg wird analysiert werden. An Stadträtin de Meuron gerichtet äussert er, dass etwa 260 Fussgängerstreifen angeschaut und ein Zwischenbericht erstellt wurde. Viele Fussgängerstreifen sind punkto Massnahmen abgeschlossen, nicht aber der in Frage stehende. Dieses Postulat wird wohl eine vorrangige Behandlung dieses Fussgängerstreifens auslösen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

21. Postulat P 13/2017 betreffend mehr Veloabstellplätze am Bahnhof Thun, Raum Mönchstrasse

Fraktion Grüne, BDP; SVP/FDP, SP und FdM vom 16. November 2017; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, stellte nach der Kommissionssitzung eine grosse Divergenz fest zwischen dem, was der Gemeinderat vorschlug, und den Erwartungen der Postulanten. Unter anderem wird nicht vom gleichen Aufwand gesprochen. Der Wunsch des Postulats war eine auf einen bestimmten Perimeter eingegrenzte Gesamtsicht, eine Absicht der Stadt, was wann mit den Veloabstellplätzen geschehen soll. In dem Bericht stehen nun Vorhaben, die grosse Aufwände und Projekte mit bedeutendem Einsatz von Steuergeldern bedeuten. Die Gesamtsicht ist insbesondere dann wichtig, wenn sich keine dauerhafte Sicherung der Veloabstellplätze abzeichnet. So kann der Rat nachvollziehen, dass es einen Ersatz braucht. Die Fraktion ist der Ansicht, dass der Rat ein Zeichen setzen muss. Er nimmt das Postulat an und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat als Urheber des Postulats für die Beantwortung. Die Fraktion Grüne musste beim Lesen mehrmals den Kopf schütteln. Ihnen fehlt bei den Veloabstellplätzen im gesamten Bahnhofspereimeter ein Umsetzungskonzept, aus dem ersichtlich ist, wie, wann und wo die nötigen Abstellplätze erstellt werden und welche Zwischenlösungen es gibt, falls etwas dazwischenkommen sollte. Das Postulat hat genau dies gefordert. Auch der Perimeter ist nicht so eng, wie dies soeben erwähnt wurde. Er fühlt sich vom Gemeinderat niedergeschmettert mit der Begründung, das Postulat blockiere auf Jahre Vorhaben. Das Umsetzungskonzept war möglicherweise genau der Auslöser dafür, dass der Verpflichtungskredit letzten Herbst nicht durchkam. Wenn das Postulat, das eine gesamtheitliche Planung fordert, vermeintlich alles um Jahre zurückwirft, fragt sich die Fraktion, weshalb die Planung in den letzten Jahren nicht realisiert wurde. Auch hier braucht es kurzfristig realisierbare, günstige Zwischenlösungen, denn der Druck am Bahnhof bezüglich Abstellplätze ist sehr hoch. Im letzten Sommer standen die Velos dreireihig und die Situation wird sich verschärfen, wenn im kommenden Sommer viele Busse durchfahren. Zwischenlösungen wären, z.B. im Perimeter Mönchstrasse, nicht schwierig zu realisieren, wenn man die vielen Parkplätze dort betrachtet. Die Fraktion bemängelt auch die fehlende Antwort des Gemeinderats zu den Veloabstellplätzen, die bei der Realisierung einer neuen Personenunterführung wegfallen. Der Kredit dazu wurde bereits 2015 gesprochen – seit dann ist bekannt, dass diese Abstellplätze wegfallen. Die Fraktion Grüne wünscht sich hierzu eine Lösung, für sie kommen deshalb weder eine Ablehnung noch eine Abschreibung des Postulats in Frage.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, findet es immer wieder erstaunlich, wie unterschiedlich die Stadt mit den Problemen des ruhenden Verkehrs umgeht. Erst werden vier Parkhäuser rund um die Innenstadt gebaut, bevor mit der Aufhebung der oberirdischen Parkplätze begonnen wird. Auch die Einhaltung der ausgehandelten Bedingungen durch die Beteiligten klappt nicht. Die IGT musste sich den Vorwurf gefallen lassen, ein äusserst unzuverlässiger Partner für die Zusammenarbeit mit Behörden und Volk zu sein. Die Millionen-Investitionen für das Parkhaus Schlossberg wurden insbesondere deshalb ohne nennenswerten Widerstand durchgewinkt, weil die Übereinkunft aller Beteiligten vorsah, im Gegenzug die oberirdischen Parkplätze rund um das Zentrum aufzuheben. Beim Veloparkieren besteht ein langjähriger und offensichtlicher Mangel an Abstellmöglichkeiten. Seriöse Studien weisen einen grossen Mehrbedarf aus. Dennoch hat der Stadtrat im September 2017 einen Kredit über 460'000 Franken abgelehnt. Danach war man sich parteienübergreifend einig, dass das Problem weiterhin eine sehr hohe Dringlichkeit aufweist und die Lösung mittels eines neuen Vorstosses auf den Tisch muss. Die Forderung nach einer Gesamtplanung als beitragsberechtigter Massnahme des Agglomerationsprogramms ist sicher eine gute Sache, erfordert jedoch viel Zeit. Dies kann zu einer schwer abschätzbaren Verzögerung führen, v.a. weil die SBB andere Prioritäten setzt. Für einen Beitrag aus dem Agglomerationsprogramm ist ein bewilligtes Projekt erforderlich, was wiederum eine sorgfältige Koordination mit der SBB erfordert. Dank dem Ordnungsdienst aus dem Arbeits- und Integrationsprogramm ist die Situation an der Mönchstrasse vorübergehend etwas besser, doch mit den steigenden Temperaturen wird sich der Mangel an Veloabstellplätzen wieder verschärfen. Oberste Priorität hat für die SP eine schnelle, effektive Verbesserung der Veloabstellangebote am Bahnhof, v.a. an der Mönchstrasse. Sie möchte keine Verantwortung für weitere Verzögerungen übernehmen und wartet gespannt auf den Bericht über die nächsten Schritte des Gemeinderats. Die SP-Fraktion beantragt die Annahme des Postulats und dessen gleichzeitige Abschreibung.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, sieht das Dilemma des Gemeinderats. Auch die Fraktion der Mitte sieht sich in einer Zwickmühle: Mit der Unterstützung des Postulats hat sie sich eine Gesamtsicht erhofft, die finanzielle Beteiligung des Kantons, eine verbindliche Zusage der SBB und eine rasche Umsetzung. Die damit einhergehende Verzögerung wurde – etwas blauäugig – nicht einberechnet, und auch die Plattform ESP Bahnhof und die Ortsplanungsrevision standen nicht im Vordergrund. Die Fraktion wünscht sich eine Gesamtsicht, damit eine etappenweise Realisierung möglich wird und keine Blockierung auf Jahre hinaus entsteht. Sie sieht in der aufliegenden Frage von Franz Schori und der resultierenden Antwort einen Ausweg zum Erreichen einer zeitnahen Lösung dieses dringlichen Problems. Eine Infoveranstaltung für Stadträte könnte weitere Vorstösse verhindern. Die Fraktion der Mitte nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erinnert an die Forderung des Postulats, zeitnah umsetzbare Massnahmen zu prüfen. Dabei ist Rücksicht auf das Gesamtprojekt zu nehmen, damit bei einer definitiven Umsetzung möglichst wenig angepasst werden muss. Der Fraktion fehlt eine Übersicht über die geplanten Massnahmen der Stadt im Bereich Mönchstrasse, sie hätte sich vom Gemeinderat klarere Antworten erhofft. Gleichzeitig ist klar, dass diese Massnahmen nicht alle auf einmal realisiert werden können, denn es gibt viele offene Punkte. Die BDP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Andrea de Meuron (Grüne) kann nicht verstehen, dass sich die Fraktionen zwar einig sind über ihre Forderung, das Postulat jedoch abschreiben wollen. Der Begriff „gesamthafte Planung“ scheint die Fraktionen zu stören, da dieser nach viel Zeit klingt – das muss jedoch relativiert werden. Es liegen eine Machbarkeitsstudie für eine Velostation bei der Mönchstrasse vor und eine Analyse, die den langjährigen Mangel an Veloabstellplätzen aufzeigt. Diese Grundlagen würden es erlauben, einen Umsetzungsplan zu machen. Frau de Meuron fragt sich, ob denn nicht von einer Realisierung ausgegangen wurde. Es gab bereits zwei Kredite, die wünschenswerterweise als Paket geschnürt worden wären, und Beiträge von Bund (40 Prozent) und Kanton (30 Prozent) eingebracht hätten. Insbesondere beim Kanton, der an allen Fronten spart, sollte die Stadt ein Interesse an den Geldern haben, da diese Massnahme zum Agglo-Programm 1. Generation gehört. Aktuell befindet man sich in der 3. Generation. Die Stadt sollte die Gelder jetzt abholen und die Massnahmen der 1. Generation umsetzen, ansonsten könnte ihr dieses Versäumnis später vorgeworfen werden. Frau de Meuron ist der Meinung, dass bei der Mönchstrasse eine kurzfristige, kostengünstige Lösung nötig ist. Sie ist etwas enttäuscht über die Abschreibung der anderen Fraktionen und hätte es bevorzugt, die Sache ruhiger und mit einer Gesamtplanung anzugehen. Mit den Projekten, die im Stadtrat diskutiert wurden, hätte ein Paket geschnürt werden können.

Peter Aegerter (BDP) möchte sich aufgrund der Tatsache, dass das Postulat von allen vierzig Stadträten unterschrieben wurde, die Fragen aber grösstenteils nicht beantwortet sind, mit den Fraktionschefs zu einer kurzen Diskussion zusammenfinden und beantragt einen Sitzungsunterbruch.

Der Rat stimmt einem Sitzungsunterbruch von fünf Minuten zu.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass heute in der zweiten Sitzung in Folge die Urheber von Vorstössen ihren Wortlaut in der Debatte relativieren. Der Gemeinderat ist nicht glücklich über diese Entwicklung, da sie praktische Schwierigkeiten mit sich bringt. Inhaltlich wurden die Fragen in den SAKOs ausgiebig diskutiert. Der Wortlaut des Postulats bei Punkt eins, der die gesamthafte Planung eines beitragsberechtigten Gesamtpakets verlangt, ist für den Gemeinderat entscheidend. In der Fragestunde gingen u.a. Fragen zum Thema Parkleitsystem ein. Dort werden die Voraussetzungen zur tatsächlichen Abholung der von Stadträtin de Meuron angesprochenen Beiträge genannt, nämlich eine rechtskräftige Baubewilligung sowie Kreditbeschlüsse des finanzkompetenten Organs. Wenn man in dieses Paket die Velostation packt, für die eine Machbarkeitsstudie erstellt wurde, entsteht eine grosse Verzögerung. Dafür braucht es eine Baubewilligung und die Zustimmung der Grundeigentümerin SBB, welche unter den heutigen Voraussetzungen nicht realistisch ist. Aus diesen Gründen bleibt der Gemeinderat bei der Politik der kleinen Schritte und beginnt mit dem Projekt Stückgut Süd, für welches die Baubewilligung erteilt wurde. Dass das Projekt an der Mönchstrasse nicht ausgelöst wurde, liegt in der Verantwortung des Stadtrats, der dem Antrag des Gemeinderats im Herbst 2017 knapp nicht zugestimmt hat. Das nächste Geschäft, welches der Gemeinderat vorbereitet, ist der Ausbau der bestehenden, bezahlten Velostation auf der Nordseite des Bahnhofs, die aus allen Nähten platzt und zahlenden Kunden beschädigte Velos beschert. Einen Plan mit Begründungen über die Schritte des Gemeinderats vorzulegen, liegt im Bereich

des Möglichen, falls das mit dem Postulat gemeint war. Der Gemeinderat rät jedoch dringend davon ab, das unter Punkt eins geforderte, riesige Paket zu schnüren, da dies nicht zielführend wäre.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, begrüsst, dass der Gemeinderat das Postulat wörtlich nimmt. Seine Fraktion will mit der Abschreibung keine Erfüllung des Postulats aus ihrer Sicht signalisieren. Im Gegenteil: Mit der Annahme und der Abschreibung möchte sie einen Neuanfang. Wenn das Postulat angenommen wird und es sich verzögert, wird der Gemeinderat sagen, er hätte den Stadtrat ja gewarnt. Aus diesem Zweck ist ein Schnitt richtig, aber die SVP/FDP-Fraktion wird dabei Hand bieten, die Fragen so zu stellen, dass der Stadtrat bekommt, was er will. Sie bleibt somit bei einer Annahme und einer Abschreibung.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 27 : 9 Stimmen ab.

22. Postulat P 2/2018 betreffend Empfehlungen des Regierungsstatthalters zur Arbeitsweise des städtischen Fachausschusses Bau- und Aussenraumgestaltung (FBA)

Fraktion BDP und SVP/FDP vom 15. Februar 2018; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erklärt, weshalb die Stellungnahme des Gemeinderats auch ohne verlangte Dringlichkeit schnell kam und kurz ausfiel. Der Gemeinderat hat den Eindruck, dass zu diesem Thema in letzter Zeit sehr ausführlich diskutiert wurde und einige Fragen schon beantwortet sind. Schon mehrmals hat er dem Stadtrat dargelegt, dass die geäusserten Wünsche im Rahmen der Behandlung des Baureglements ausführlich diskutiert und geprüft werden. Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat zur Annahme und zur gleichzeitigen Abschreibung.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist sich bewusst, dass Punkt 1 des Postulats dem Gemeinderat vor allem einen terminlichen Steilpass für eine mögliche Umsetzung der Empfehlung des Regierungsstatthalters gibt. Da der Vorstoss dem Gemeinderat vor Beginn der letzten Stadtratssitzung bekannt war, fand bereits damals eine Behandlung der Themen statt. Heute und morgen wird sich an der Arbeitsweise des FBA vermutlich nichts ändern. Dennoch ist die Fraktion auf die Umsetzung und das künftige Handeln des FBA gespannt. Die BDP-Fraktion überweist das Postulat einstimmig.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, hat schon in der letzten Sitzung entscheidende Inhalte besprochen. Seine Fraktion ist froh, dass ihr Anliegen im Kontext mit den Empfehlungen von Regierungsstatthalter Marc Fritschi und im Rahmen der Ortsplanungsrevision geprüft wird. Ihre wichtigsten Anliegen sind unabhängige Entscheidungen durch das Bauinspektorat und die beratende Funktion der FBA, was die Einhaltung von Checks and Balances in der Direktion Stadtentwicklung bedeutet. Weiter findet Herr van Wijk wichtig, dass sich der FBA nur mit Problemen einer gewissen Flughöhe befasst. Als drittes Anliegen fordert er, dass bürokratische Leerläufe vermieden werden. Dazu ist dringend erforderlich, dass Zwischenschritte und Ergebnisse mit der SAKO Stadtentwicklung regelmässig besprochen werden. Die SVP/FDP-Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, schliesst sich mit ihrer Fraktion ohne inhaltliche Würdigung zur Arbeitsweise des FBA den schriftlichen Ausführungen des Gemeinderats sowie den mündlichen Ausführungen von Gemeinderätin Marianne Dumermuth an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es zum Thema FBA nichts Neues zu sagen gibt. Die Fraktion schliesst sich der Meinung des Gemeinderats an und wird das Postulat annehmen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

23. Interpellation I 24/2017 betreffend Stellenabbau bei Meyer Burger durch die Verlagerung der Produktion von Thun nach China

Katharina Ali-Oesch (SP), Franz Schori (SP), Martin Allemann (SP), Samuel Bühlmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2017; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch (SP) ist mit der Antwort des Gemeinderats teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, betont, dass auch die Stadt Thun die Möglichkeit hat, die Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft mitzugestalten. Die Fraktion findet es stossend, dass das Steuergeheimnis dazu führt, dass der Stadtrat nicht transparent darüber informiert wird, wem der Kanton Steuererleichterungen in Millionenhöhe gewährt. Im Vorfeld der Ansiedlung von Meyer Burger nannte der städtische Finanzverwalter Zahlen zur erwarteten Wertschöpfung, jetzt allerdings erhält der Rat weder eine Antwort auf die Frage nach der Höhe der erlittenen Steuereinsparungen noch zur Frage, ob in Thun noch anderen Unternehmungen Steuererleichterungen gewährt werden. Damit wird der Datenschutz ad absurdum geführt. Die Stadt Thun hat Meyer Burger das Land im Baurecht übergeben. Da sich die Nutzung des Areals durch die Verlagerung der Produktion nach China geändert hat, werden Produktionsflächen und Land frei. Meyer Burger kann das Baurecht oder Teile davon mit einem gesetzlichen Vorkaufsrecht der Stadt Thun verkaufen oder vererben, jedoch fehlt leider eine Auflistung der vertraglichen Bedingungen, die dazumal ausgehandelt wurden. Die SP-Fraktion fordert, dass Baurechte der Stadt immer ein klar definiertes Ziel verfolgen müssen, bei dessen Wegfall automatisch der Heimfall eintritt. Es darf nicht sein, dass Baurechte der Stadt auf dem freien Markt landen. Auch verfügt die Stadt offenbar über keine Regelung, die vorsieht, dass Unternehmen, die von der Wirtschaftsförderung profitieren, ihre Gewinne über das gesetzliche Minimum hinaus mit der Allgemeinheit teilen. Der erarbeitete Gewinn sollte allen zugutekommen. Die Fraktion fordert ein Konzept, das die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsförderung definiert. Frau Ali-Oesch wirft die Frage auf, was die Stadt mit der Aussage meint, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Unternehmungen zu Ansiedlung, Verbleiben und Wachstum in Thun einladen. Die SP erachtet als wichtige Standortfaktoren u.a. den Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur, die Entstehung von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum und ein Angebot von guten Schulen mit zeitgemässen Tagesstrukturen. Damit ist eine hohe Lebensqualität gewährleistet, was wiederum die Attraktivität als Arbeits- und Wohnort steigert und Unternehmen anzieht. Die Fraktion würde begrüssen, wenn die Stadt im Fall Meyer Burger in der Task Force des BECO eine aktive Rolle einnehmen und sich dort für gute Bedingungen zu Gunsten der Mitarbeitenden einsetzen würde. Es sind die Arbeitnehmer, die in der Region leben und die Kasse der Allgemeinheit mit Steuern füllen. Der SP-Fraktion ist klar, dass die Bedingungen für Industrie- und Technologieunternehmen auf dem Markt schwierig sind, heute Morgen fiel die Aktie um 30 % bei der Bekanntgabe des Jahresabschluss 2017. Erst gestern ist ihnen zu Ohren gekommen, dass die Auftragslage von Meyer Burger so gut ist, dass vorläufig keine Kündigungen mehr ausgesprochen werden. Dies ist erfreulich, wie auch die Nachricht, dass die Task Force auf Wunsch der Mitarbeitervertretung vorläufig bestehen bleibt. Die Kehrseite der Medaille ist, dass sich die Unsicherheit der Mitarbeitenden länger dahinzieht.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, bläst ins gleiche Horn wie seine Vorrednerin, beschränkt sich jedoch auf zwei Anmerkungen zu den Fragen 8 und 9: Die Frage nach den hypothetischen Steuerausfällen kann so nicht gestellt werden, doch der Umfang der Steuererleichterungen wäre sehr interessant zu erfahren. Er glaubt nicht, dass man bei den 4'500 registrierten Unternehmungen in Thun durch die Nennung einer Zahl das Steuergeheimnis verletzen würde. Dort hätte er sich eine genauere Antwort vom Gemeinderat erhofft und ist etwas enttäuscht.

Nicole Krenger (glp) nimmt Stellung zu Frage 8 nach der Höhe der entgangenen Steuereinnahmen: Obwohl sie der Meinung ist, dass man diese Zahl durchaus berechnen kann, könnte sie sich vorstellen, dass das Steuergeheimnis eine offizielle Bekanntgabe verbietet. Bei Frage 9 zu den bestehenden Steuererleichterungen dürfte der Gemeinderat ihres Erachtens mitteilen, wie viele andere Fälle es gibt. Die Fraktion der Mitte würde eine Aufnahme des Themas in der SAKO im kleineren Rahmen begrüssen, allenfalls mit einer anschliessenden Diskussion über die Rechtfertigung. Zur Antwort zu Frage 13 ist zu bemerken, dass positiv ist, dass wenigstens die Forschung und Entwicklung in Thun bleibt, auch wenn keine Zusicherung vorliegt.

Andreas Zwahlen, **SVP/FDP-Fraktion**, ist sich bewusst, dass massive Verluste von Unternehmungen manchmal einschneidende Massnahmen fordern. Von den Unternehmen wird in diesen Fällen soziale Verantwortung erwartet, da der Verlust von Arbeitsplätzen die Betroffenen hart trifft. Um den Standort Thun für einen Produktionsbetrieb attraktiv zu machen, sind nicht nur die in der Interpellation genannten Soft-Faktoren wichtig, sondern auch die harten wie Kunden, Wettbewerb, Steuern oder Infrastruktur. Die Kunden von Meyer Burger sind zu 85% in China, während die Kosten in der Schweiz um 60% höher sind als dort. Deshalb dürften beim Entscheid die Soft-Faktoren keine grosse Rolle gespielt haben. Eine Steuererleichterung ist besser als gar keine Ansiedlung. So werden Arbeitsplätze geschaffen, ortsansässige Arbeitnehmer zahlen in Thun Steuern und das einheimische Gewerbe profitiert. Die Stadt steht in einem nationalen und internationalen Wettbewerb mit anderen Gemeinden und muss attraktive Rahmenbedingungen schaffen. In bestimmten Fällen ist es auch gerechtfertigt, dass Land zur Verfügung gestellt und Steuererleichterungen geprüft werden.

Martin von Allmen (SP) ist von der zuständigen Gewerkschaft und weiss, dass die Steuererleichterung zwar zu mehr Arbeitsplätzen geführt hat, es jedoch die Lohnabhängigen waren, welche die Steuern entrichtet haben. Er hat nichts gegen Steuererleichterungen, doch die Verwendung des Begriffs „grundsätzliche Geheimhaltungspflicht“ stört ihn. Die Anzahl der steuerbefreiten Unternehmungen und die ungefähre Anzahl Arbeitsplätze zu nennen, fällt seines Erachtens nicht unter das Steuergeheimnis. Stossend ist die Tatsache, dass manche Firmen nur gerade für die Dauer der Steuerbefreiung in der Gemeinde bleiben, und dann weiterziehen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass bei Meyer Burger gerade jetzt diese zehn Jahre abgelaufen sind. Er macht den Rat darauf aufmerksam, dass es früher sogar Steuerbüchlein gab.

Der Stadtpräsident betont, dass schwierige Entscheidungen für die Betroffenen und den Wirtschaftsstandort Thun gefällt werden mussten. Grund dafür waren globale Marktmechanismen, die weder mit der Standortqualität noch mit den Mitarbeitenden etwas zu tun haben. Die Stadt Thun ist an das kantonale Steuergesetz gebunden und darf deshalb im Stadtrat keine Auskunft über die Steuererleichterungen geben. Diese werden jedoch jährlich mit der Wirtschaftsförderung in der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats thematisiert, präsidiert von Peter Siegenthaler. Es herrscht also keine völlige Intransparenz, sondern eine parlamentarische Kontrolle, welche wiederum an das Steuergeheimnis gebunden ist. Bei der Nennung von Zahlen wäre die Individualisierbarkeit sehr schnell gegeben, weil nicht viele Unternehmungen in Frage kommen. Abgesehen davon wäre es in der Verantwortung des Kantons, eine allfällige Auskunft zu geben. Unter guten Rahmenbedingungen kann man sehr viel verstehen, der zentraler Faktor in der Wirtschaftsförderung ist die zeitnahe Zurverfügungstellung von Flächen. Als weniger geeignet betrachtet der Stadtpräsident den Vorschlag zur Abschöpfung von Gewinn. Er betont, dass sich die Stadt Thun in einem Standortwettbewerb befindet und nicht die Bedingungen diktieren kann. Stattdessen gilt es zu versuchen, faire Bedingungen auszuhandeln. Entgangene Steuereinnahmen gibt es keine, da Meyer Burger u.a. aufgrund der Steuererleichterung nach Thun kam. In erfolgreichen Zeiten generierte Meyer Burger Steuersubstrat. Als aktuelle Information ist zu erwähnen, dass bisher nur wenige Kündigungen ausgesprochen wurden. Die Mehrheit wird aufgrund der guten Auftragslage voraussichtlich erst nach dem 3. Quartal 2018 erfolgen. Dies ändert leider nichts am Wegzug. Hoherfreulich ist, dass alle 26 betroffenen Lernenden eine Anschlusslösung gefunden haben: 17 können ihre Lehre planmässig bei Meyer Burger beenden und die anderen haben einen Platz bei einer Firma der hiesigen Wirtschaft gefunden. Der Stadtpräsident bedankt sich bei dieser für die grosse Solidarität. Meyer Burger wird auch künftig in Thun Lehrstellen anbieten, ein entsprechendes Konzept ist in Erarbeitung. Zur Frage nach den Produktionsflächen kann gesagt werden, dass aktuell zwar keine Flächen verfügbar sind, Meyer Burger jedoch mit mehreren Firmen in Kontakt steht, die einen Bedarf angemeldet haben. Die Wirtschaftsförderung ist ebenfalls involviert. Voraussichtlich werden ein bis zwei Bürostockwerke frei, deren Vermietung nicht so einfach wird. Meyer Burger wird dafür künftig mit einem professionellen Partner zusammenarbeiten. Bezüglich Baurechtsvertrag ist erfreulich, dass Meyer Burger einen Teil ihres Baurechts auf die einheimische Firma Boss Holzbau übertragen wird.

24. Interpellation I 23/2017 betreffend baulicher Unterhalt der Stadt Thun

Serge Lanz (FDP), Markus Van Wijk (FDP), Lukas Lanzrein (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Oktober 2017

Serge Lanz (FDP) ist begeistert von der Beantwortung und verzichtet auf eine Diskussion.

25. Fragestunde 1/2018 betreffend Veloabstellplätze am Bahnhof Thun

Franz Schori (SP) vom 15. März 2018

Die Beantwortung hat sich erübrigt.

26. Fragestunde 2/2018 betreffend betreffend Parkleitsystem

Till Weber (Grüne) vom 20. März 2018

Die Frage F 2/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

27. Fragestunde 3/2018 betreffend Stand Rückzahlung des Darlehens für den FC Thun

Katharina Ali (SP) vom 20. März 2018

Die Frage F 3/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

28. Fragestunde 4/2018 betreffend Poststellenabbau

Franz Schori (SP) vom 20. März 2018

Die Frage F 4/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident verabschiedet den in Pension tretenden Vize-Stadtschreiber Remo Berlinger. Für den Stadtrat geht mit seinem Austritt nach 27 Jahren als Vize-Stadtschreiber und weiteren sechs Jahren im sozialen Bereich eine Ära zu Ende. Er hat vielen Stadtratspräsidenten gedient, war die gute Seele des Rats und bot diesem immer grösste Unterstützung. Dank seiner langjährigen Erfahrung konnte Remo Berlinger immer Auskunft geben und wurde auch ausserhalb des Rats als höchst vertrauenswürdige Person geschätzt. Auch bei weniger wichtigen Angelegenheiten wie Stadtratsanlässen hat immer alles perfekt geklappt. Remo Berlinger war auch neben seinem Amt als Vize-Stadtschreiber engagiert für die Stadt Thun tätig, u.a. beim Thuner Amtsanzeiger oder im Verein Togo-Thun. Durch seine gute und humorvolle Art konnte er Situationen immer gut auflockern. Der Stadtratspräsident wünscht Remo Berlinger, seinem Motto des Brückenbauens getreu, viele Brücken von interessanten Begegnungen, dankt ihm im Namen der Stadt Thun für sein jahrelanges Engagement und wünscht ihm für die Zukunft das Beste.

Eingänge

- Postulat P4/2018: Unterzeichnung der Stadt Thun der „Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“; Alice Kropf (SP), Katharina Ali-Oesch (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018
- Postulat P5/2018 für eine Digitalisierungsstrategie der Stadt Thun; Franz Schori (SP), Roman Gugger (Grüne), Andreas Kübli (glp) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018
- Postulat P6/2018 zur Steigerung der Biodiversität in Thun; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018
- Postulat P7/2018 für einen Steg zwischen Kuhbrücke und Mühlebrücke – für eine attraktive Thuner Innenstadt; SVP/FDP-Fraktion vom 22. März 2018
- Postulat P8/2018 betreffend einer echten Minimalvariante des Bauvorhabens „Grabengut“; Fraktionen SVP/FDP, BDP und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018

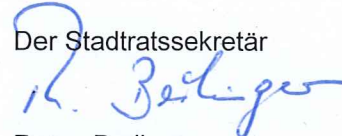
- Interpellation I5/2018: Treu und Glauben in Sachen Parkplätze in der Innenstadt; Andrea de Meuron, Grüne Thun vom 22. März 2018
- Interpellation I6/2018 betreffend mögliche radikal-islamische Tendenzen in Thun und allfällige Gegenmassnahmen; Patrick Graber (SVP) und SVP/FDP-Fraktion vom 22. März 2018
- Interpellation I7/2018 für MigrantInnen zu altersspezifischen Themen; Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018

Der Stadtratspräsident



Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger